

Aufklärungsquote gesunken. GdP fordert Konsequenzen

2020 sind in NRW 1 215 763 Straftaten verübt worden, 12 000 weniger als im Jahr zuvor. Innenminister Reul sieht darin vor allem einen Beleg für eine erfolgreiche Polizeiarbeit. 2020 habe es in NRW die geringste Kriminalität seit 30 Jahren gegeben, erklärte Reul Anfang März bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Aus Sicht der GdP fällt die Bilanz weniger positiv aus. Auch, weil es bei der Kripo massiven Nachholbedarf gibt.

So ist zwar in vielen Bereichen, die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besonders wichtig sind, die Kriminalität weiter gesunken, etwa bei den Wohnungseinbrüchen und bei der Gewaltkriminalität. In anderen Bereichen ist sie aber gestiegen, vor allem bei der Computerkriminalität und im Bereich der Kinderpornografie. Der Anstieg der Internet-Kriminalität und des Kindesmissbrauchs hat nicht nur etwas damit zu tun, dass die Polizei hier in der letzten Zeit mehr Ermittlungsbeamte eingesetzt und neue Konzepte entwickelt hat, um den Tätern auf die Spur zu kommen, sondern auch damit, dass sich ganze Deliktfelder mehr und mehr ins Internet verlagern. Das gilt auch für die Missbrauchsdelikte. Darauf ist die Polizei in NRW aber nur unzureichend vorbereitet, trotz der dort erfolgten Personalverstärkung.

Hinzu kommt, dass NRW seit Jahrzehnten bei der Aufklärungsquote weit hinten liegt. 2020 lag sie bei 52,8 Prozent. Das sind noch einmal ein halbes Prozent weniger als 2019. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt lag die Aufklärungsquote 2019 bei 57,5 Prozent. In Niedersachsen und Rhein-

land-Pfalz, beides Nachbarländer von NRW, lag sie bei 63,4 bzw. 64,9 Prozent. In Bayern sogar bei 67 Prozent.

Dass hier massiver Handlungsbedarf besteht, weiß auch der Innenminister. Reul weiß auch, dass sich die jetzt schon bestehenden Probleme in der Direktion K weiter verschärfen werden, weil in den nächsten Jahren ein Großteil der erfahrenen, älteren Ermittlungsbeamten in Ruhestand geht. Trotzdem sind Anfang Februar bei einer Besprechung im Innenministerium konkrete Überlegungen präsentiert worden, die zurzeit wegen der Corona-Krise von zwölf auf acht Wochen verkürzte Einführungsfortbildung für die Direktion K auf Dauer auf acht Wochen zu reduzieren. Aus Sicht der GdP hät-

te das die Qualität der Kripo-Arbeit nachhaltig gefährdet. Deshalb haben wir sofort massiv gegen die Kürzungspläne interveniert. Inzwischen sind die Überlegungen wieder vom Tisch. Innenminister Reul hat

Personalratswahl



3.–7. Mai

Wirkt: **GdP**

Deine Ausrüstung. Deine Wahl!



Gewerkschaft
der Polizei NRW

Vom DEIG bis zum Homeoffice

Darauf kommt es bei der Personalratswahl vom 3. – 7. Mai an! > **Seite 5**

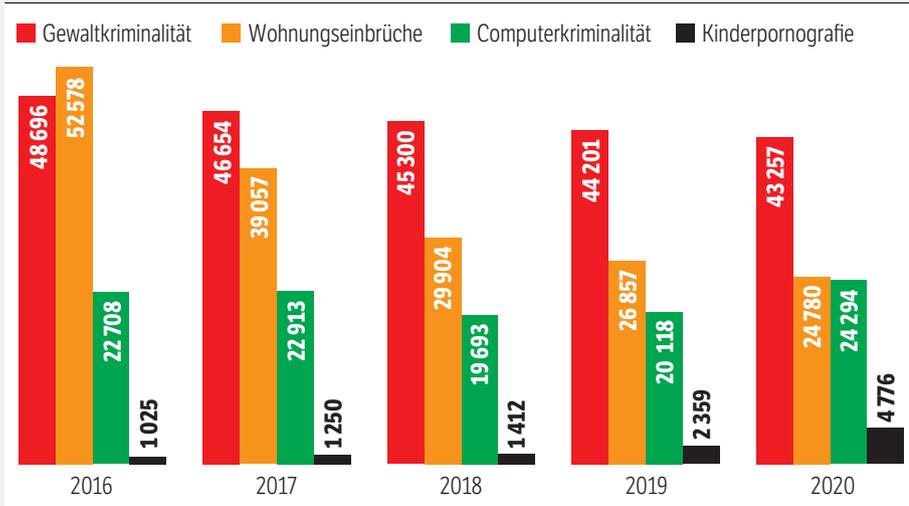
im Innensachsausschuss sogar erklärt, die Pläne habe es nie gegeben.

Damit ist die Einführungsfortbildung für die Direktion K auf Dauer im jetzigen Umfang gesichert. Das alleine reicht aber



Deutliche Zuwächse bei Computerkriminalität und Kinderpornografie

Während die Zahl der Wohnungseinbrüche und die Fälle von Gewaltkriminalität weiter sinken, nehmen die Computerkriminalität und die Fälle von Kinderpornografie stark zu.



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW 2020



noch nicht. Der Innenminister muss auch dafür sorgen, dass die dort zur Verfügung stehenden Plätze endlich an den Bedarf angepasst werden. „Wer heute zur Kripo kommt, muss oft Monate warten, bevor er an der Einführungsfortbildung teilnehmen kann. Das ist absolut indiskutabel“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz Anfang März gegenüber den Medien. „Passiert das nicht, werden die Erfolge, die die Kripo in den letzten Jahren erzielt hat, wieder zunichte gemacht“, warnte Maatz.

Darüber hinaus fordert die GdP, dass für die Absolventen der Einführungsfortbildung ein verpflichtendes Weiterbildungsangebot entwickelt wird. Ohne mehr Lehrende geht das nicht. ■

Keine extremistische Chatgruppe

Im September 2020 hat Innenminister Herbert Reul (CDU) angeordnet, dass das Polizeipräsidium Essen einer Sonderinspektion unterzogen wird, um dem Vorwurf nachzugehen, dass es bei der Polizei ein rechtsextrems Netzwerk geben würde. Der jetzt vorliegende Bericht des federführenden Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) kommt zu einem differenzierten Ergebnis.

In einer schriftlichen Zusammenfassung des Abschlussberichts, die Innenminister Herbert Reul am 11. März dem Innenausschuss vorgelegt hat, wird unter anderem festgestellt, dass es in den Chats der betroffenen Dienstgruppe in Essen/Mülheim zwar zahlreiche Posts mit rassistischen und fremdenfeindlichen Inhalten gegeben hat, dieses Fehlverhalten sei aber einzelnen Treibern zuzuordnen, nicht den übrigen Chatmitgliedern. Allerdings kritisieren die Prüfer, dass die unmittelbaren Vorgesetzten der beteiligten Beamten nicht

gegen die extremistischen Posts vorgegangen sind.

Wörtlich heißt es in der Vorlage für den Innenausschuss: „Bezogen auf die ursächliche Dienstgruppe A handelt es sich nach Bewertung der Sonderinspektion nicht um extremistische Chatgruppen, sondern um solche, die für deviantes Handeln missbräuchlich genutzt wurden und in denen rechtsextrémistische, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Inhalte eingestellt bzw. geteilt wurden.“ Die Chatgruppen seien zudem „ursprünglich zur allge-

meinen, auch dienstlichen Kommunikation, bestimmt bzw. genutzt“ worden. Die Einstellung von inkriminierten Inhalten habe sich erst „temporär und sukzessive“ ergeben.

In Bezug auf die zentralen Akteure kommt der Bericht allerdings zu einem harten Urteil: „Das Handeln der Treiber und Unterstützer ging deutlich über das Posten rechtsextrémistischer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Inhalte hinaus“, heißt es dort. „Es umfasste nahezu alle Aspekte des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), nämlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Sexismus, Homophobie etc.“

Die Sonderinspektion ist auch der Frage nachgegangen, ob der Essener Polizeipräsident Frank Richter früher hätte reagieren müssen. Im Bericht wird Richter ausdrücklich ein „offenes Kommunikationsverhalten“ bescheinigt. Zudem hebt der Bericht die „gute Gesprächskultur, die Sensibilisierungsmaßnahmen der Beschäftigten hinsichtlich des Phänomens Extremismus, eine intensive Nutzung des Führungsfeedbacks“ sowie „das grundsätzlich positive Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitenden“ im Polizeipräsidium Essen positiv hervor. ■



Rechtsextremismus bei der Polizei: Nicht alle Befürchtungen haben sich bestätigt

Das Entsetzen in der Öffentlichkeit war groß, als Innenminister Herbert Reul (CDU) am 16. September vergangenen Jahres erstmals über den Verdacht berichtet hat, dass es bei der Polizei in NRW ein rechtsextremes Netzwerk gebe. Auch die GdP hatte auf diesen schlimmen Verdacht umgehend reagiert. In einer noch während der laufenden Pressekonferenz von Reul verschickten Mitteilung hatte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz daran erinnert, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus „zur DNA der Polizei gehört“.

„Die Polizistinnen und Polizisten haben in Deutschland eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer liberalen, weltoffenen Gesellschaft gespielt. Sie stehen für den Schutz unserer demokratischen Rechte“, sagte Maatz. Deshalb müssten die Vorwürfe rückhaltlos aufgeklärt werden. Zugleich hat die GdP aber auch gefordert, die Polizei nicht unter einen pauschalen Generalverdacht zu stellen, sondern erst alle Fakten auf den Tisch zu legen, bevor es zu einer abschließenden Bewertung kommt.

Mit dieser differenzierten Position hatte die GdP lange Zeit in der Öffentlichkeit einen schweren Stand. Dazu hat auch das Verhalten von Innenminister Reul beigetragen, indem er in den vergangenen Mo-

Wir müssen die Demokratie stärken. Auch bei der Polizei



Sechs Monate nach dem Bekanntwerden der rechtsradikalen Posts von Polizisten hat Innenminister Reul ein erstes Lagebild präsentiert. In NRW gibt es bei der Polizei kein flächendeckendes Rechtsextremismus-Problem und es gibt auch keine rechtsradikalen Netzwerke in den Polizeibehörden. Aber es gibt Täter, die weit über das bislang vorstellbare Maß hinaus rechtsradikale, fremdenfeindliche und demokratieverachtende Posts an andere Polizistinnen und Polizisten verschickt haben, ohne dass bei diesen sofort alle Alarmglocken geschrielt haben. So lautet das Fazit des Lagebilds der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei“.

Dass die Täter, die sich aktiv an der Erstellung und Verbreitung rechtsradikaler Posts beteiligt haben, in der Polizei nichts zu suchen haben, versteht sich von selbst. Aber alleine die laufenden Verfahren abzuschließen, reicht nicht. Sondern wir müssen uns

auch der Frage stellen, warum viele Kolleginnen und Kollegen dem unsäglichen Treiben lange Zeit nicht entgegengetreten sind? Und der Frage, was die besonderen Belastungen des Dienstes mit den Polizistinnen und Polizisten machen?

Wenn wir verhindern wollen, dass es in Zukunft erneut zu rechtsradikalen, demokratiefeindlichen Äußerungen von Polizisten kommt, brauchen wir eine andere Kultur in den Polizeibehörden. Wir brauchen bei der Polizei ein Klima, in dem offen über die Belastungen und Probleme im Polizeialltag gesprochen werden kann, damit Feindbilder gar nicht erst entstehen. Wir brauchen eine Fehlerkultur, in der eigenes Fehlverhalten offen gelegt werden kann, ohne dass es sofort Sanktionen hagelt. Und der Dienstherr muss mehr für den Schutz der Kolleginnen und Kollegen tun. Von der gezielten Fortbildung zum Stressabbau, über Supervisionsangebote bis zu politischen Seminaren.

Die Konzepte dazu gibt es längst. Sie müssen endlich flächendeckend genutzt werden. Dann wird die Polizei gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Michael Mertens
Landesvorsitzender der GdP



Radverkehr immer unsicherer

Eine der positiven Folgen der Corona-Pandemie schlägt sich in der Anfang März veröffentlichten Verkehrsunfallstatistik für 2020 nieder: Seit 1953 kamen noch nie so wenige Menschen auf den Straßen in NRW ums Leben. Aber die Statistik zeigt auch besorgniserregende Entwicklungen auf. Die GdP fordert größere Anstrengungen und Investitionen in die Verkehrssicherheit.

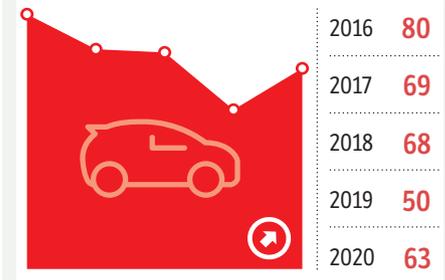
Insgesamt kamen im vergangenen Jahr 430 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, 26 weniger als im Jahr 2019, ein Rückgang um 5,7 Prozent. Auch die Zahl der Schwerverletzten sank deutlich von 13 531 auf 12 110. Ein durchaus positives Bild, wären da nicht die steigenden Opferzah-

len auf den Autobahnen und Radwegen. 63 Menschen, 13 mehr als noch 2019, verloren ihr Leben auf der Autobahn. Auch die Zahl der getöteten Pedelec-Fahrer stieg von 23 auf 30 und damit in den letzten vier Jahren um 150 Prozent. Nach Beobachtungen der GdP gehen diese Unfälle nicht nur auf unzureichend gesicherte Radwege zurück, sondern oft auch auf falsches Fahrverhalten der Pedelec-Fahrer. Deshalb fordert die GdP, dass nicht nur die Infrastruktur für den Rad- und Pedelecverkehr nachhaltig verbessert wird, sondern auch mehr Verkehrskontrollen für Radfahrer. Zudem sollten spezielle Schulungsangebote für alle angeboten werden, die aufs Fahrrad oder Pedelec umsteigen wollen. ■

Mehr tödliche Unfälle auf Autobahnen und Radwegen

2019 starben 50 Menschen auf den Autobahnen in NRW, 2020 waren es 63. Hauptursache waren zu hohe Geschwindigkeiten und zu geringes Abstandhalten. 3897 Pedelec-Fahrer verunglückten im letzten Jahr, 44 Prozent mehr als 2019. Mehr als die Hälfte der Opfer war älter als 65 Jahre. 30 Pedelec- und 46 Radfahrer starben.

Tödliche Unfälle auf Autobahnen



Getötete Rad- und Pedelec-Fahrer



Quelle: Innenministerium NRW



naten immer wieder von „rechten Chatgruppen in der Polizei“ gesprochen hat, obwohl es dafür keinen Beleg gibt. Selbst Beamte, die mit dem unsäglichem Treiben

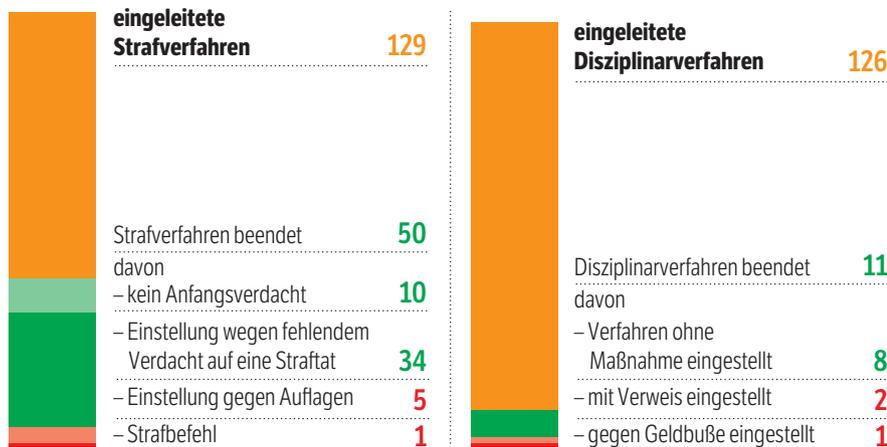
ihrer Kollegen nichts zu tun hatten und sich privat für Flüchtlinge engagiert haben, gerieten in einen Extremismusverdacht, ohne dass Reul dem widersprochen

hat. Zudem hat der Innenminister immer wieder Zahlen zu den verdächtigten Beamten in die Öffentlichkeit gebracht, ohne darauf hinzuweisen, dass es sich dabei nicht um aktuelle Verdachtsfälle handelt, sondern um alle seit Anfang 2017 untersuchten Vorfälle. Darunter auch Fälle, bei denen sich der Verdacht längst als unbegründet erwiesen hat.

Das jetzt im Innenausschuss präsentierte Lagebild „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei“ bietet eine Chance, die Diskussion zu versachlichen. Das Lagebild zeigt, dass es in NRW Polizisten gibt, die rechtsextremen Positionen nahestehen. Aber das Lagebild zeigt auch, dass es sich dabei nicht um ein Massenphänomen handelt. „Das ist erst einmal eine gute Nachricht“, betonte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Trotzdem müssen wir die Erkenntnisse des Lagebilds ernst nehmen. Es reicht nicht, Polizisten aus dem Dienst zu entfernen, die rechtsradikalen Positionen nahestehen. Sondern wir müssen auch Strukturen dafür schaffen, dass sich die Vorfälle nicht wiederholen können. Wir brauchen selbstbewusste Polizisten, die schon beim ersten Verdacht auf eine diskriminierende Äußerung widersprechen. Aber auch Vorgesetzte, die sich aktiv um eine offene Diskussionskultur kümmern.“ ■

Auch Unschuldige verdächtig

Von den 129 eingeleiteten Strafverfahren wegen des Verdachts auf rechtsextremistische Äußerungen oder Handlungen von Polizisten, sind 50 abgeschlossen. 44 Verfahren wurden eingestellt, weil es keinen Anfangsverdacht oder keinen Verdacht auf eine bestimmte Straftat gegeben hat. In fünf Fällen wurde das Verfahren gegen Auflagen eingestellt, in einem Fall mit einem Strafbefehl. Bei den bereits eingestellten Disziplinarverfahren ergibt sich ein ähnliches Bild.



Quelle: Lagebild der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW





Bessere Ausrüstung durchgesetzt. Jetzt geht es um die Digitalisierung!

Bei der Ausrüstung der Polizei hat sich in den letzten Jahren vieles verbessert. Von der Ablösung des viel zu kleinen BMW 318 Touring durch den Ford S-Max und den Mercedes Vito als neuen Streifenwagen, über die Anschaffung eines Amoklagen-Helms, der nicht nur gegen den Beschuss mit einer Langwaffe schützt, sondern so leicht ist, dass er auch über einen längeren Zeitraum getragen werden kann, bis zur flächendeckenden Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit der Bodycam. Nichts davon hätte es ohne den permanenten Druck der GdP gegeben.

Das gilt auch für die neue Außentragehülle, die flächendeckende Anschaffung von Handys für alle Polizistinnen und Polizisten, die regelmäßig draußen im Dienst sind, und die Nachrüstung der vorhandenen Maschinenpistole mit einem Zielfernrohr. Auch den im Januar gestarteten Probelauf für das Distanz-Elektroimpulsgerät (DEIG) und die gerade laufende Marktschau für einen CO-Warner hätte es ohne die GdP nicht gegeben. Ge-

nauso wenig wie die neue leichtere KSA, die gerade an die Hundertschaften ausgeliefert wird.



3.-7. Mai

Wirkt: GdP

Aber das reicht uns nicht. Wir wollen durchsetzen, dass das DEIG nicht nur getestet, sondern noch vor der Landtagswahl im Mai kommenden Jahres flächendeckend angeschafft wird. Dass der CO-Warner tatsächlich kommt. Und dass es bei der Digitalisierung der Polizei endlich vorangeht. Denn hier herrscht aktuell der größte Nachholbedarf. Von den immer noch nicht gelösten Problemen bei ViVA bis zur gerade erst angelaufenen Nutzung automatischer Datenauswertungs- und

-analyseprogrammen für die Bekämpfung der Kinderpornografie. Auch beim Aufbau des gemeinsamen Datenhauses für die Polizei, das den Austausch wichtiger Daten für die Strafverfolgung über die Grenzen von NRW deutlich erleichtern würde, muss es endlich vorangehen. Vieles davon betrifft die Kripo. Aber auch die Direktion GE muss technisch weiter aufgerüstet werden. Zum Beispiel durch die systematische Digitalisierung der Streifenwagen.

Ohne starke Personalräte werden wir das nicht schaffen. Denn in Zeiten der Corona-Krise ist die Versuchung der Politik groß, die längst überfällige Digitalisierung der Polizei erneut weiter hinaus zu schieben. Die GdP wird das verhindern. Über den politischen Druck, den wir in der Öffentlichkeit entfalten werden, aber auch über unsere Personalräte. Wenn es um den Arbeitsschutz und um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit bei der Polizei geht, sind wir in der Mitbestimmung. Diesen Hebel werden wir nutzen. ■

Jetzt sprechen die Kolleginnen und Kollegen

Bei der Personalratswahl vom 3. - 7. Mai geht's um viel. Deshalb kommen jetzt unsere Mitglieder zu Wort. In einer Serie

von kurzen Videoclips sagen Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte, was für sie zählt.

Ungeschminkt und selbstgedreht.

Den Anfang macht Vanessa Göbel, Polizeihauptkommissarin aus Siegburg. Die zweifache Mutter fordert mehr technische Möglichkeiten zur Telearbeit, denn die Corona-Krise hat gezeigt, was im Homeoffice möglich ist. Diese und viele weitere Verbesserungen

bei der Polizei, die die GdP und ihre Personalräte in den letzten Jahren durchgesetzt haben, werden nach der Pandemie erneut auf den Prüfstand kommen. Deshalb kommt es darauf an, dass bei der Personalratswahl Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, die etwas verändern.

Die Videos sind seit Mitte März auf den Social-Media-Kanälen der GdP NRW abrufbar.



#heimlichaussein
Telearbeit weiter ausbauen!



youtube.com/gdprnw
facebook.com/gdprnw
twitter.com/gdp_nrw



Rufbereitschaft kann Arbeitszeit sein

Der Europäische Gerichtshof hat sich abermals mit der Frage beschäftigt, ob Zeiten der Rufbereitschaft als Arbeitszeit einzuordnen sind. Dabei wurde die bisherige Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW deutlich relativiert.

Die Richter hatten ihre Entscheidung im Rahmen verschiedener GdP-Musterverfahren davon abhängig gemacht, ob die Betroffenen besonderen Bedingungen unterlagen, wie z. B. das kurzfristige Erscheinen

am Dienort unter Anlegung der erforderlichen Ausrüstung. Diese Einordnung des OVG hat der EuGH mit seiner aktuellen Entscheidung deutlich abgeschwächt. Maßgeblich dafür, ob Zeiten der Rufbereitschaft als Arbeitszeit einzuordnen sind, seien die Umstände jedes Einzelfalls. Entscheidend sei dabei die Frage, ob die Einschränkungen der Rufbereitschaft die Möglichkeit zur freien Gestaltung und die Wahrnehmung persönlicher Interessen ganz erheblich beeinträchtigt werden.

Die Entscheidung des EuGH stützt die Position der GdP, die bereits seit 2014 mit mehreren Musterverfahren versucht hat, die Entscheidungsträger und die Politik für dieses Thema zu sensibilisieren. Aufgrund der bisherigen Haltung der nationalen Gerichte konnte die Situation für die Kolleginnen und Kollegen nicht verbessert werden. Deshalb wird die GdP nun prüfen, ob die Anerkennung der Rufbereitschaft als Arbeitszeit in einem erneuten Musterverfahren endgültig geklärt werden kann. ■



Die GdP gratuliert

Anzeigen

Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08 / 74 04 99 39
Fax 02 08 / 59 88 68

JK EXPORT-IMPORT-AGENTUR JUTTA KNORZ EK

Export-, Import-, Zollabwicklung
mit ATLAS-Anbindung
Internat. Auftrags- und Projektbearbeitung
A-Münster-Logistik - Internat

Werner Straße 1
44389 Dortmund
Tel. 023 31 / 8 67 88 82
Fax: 023 31 / 8 67 88 82
Mobil: 0177 / 4288188
jutta_knorz@port.de
www.export-knorz.de

90. Geburtstag

- 7.4. Paul Schröder, Iserlohn
- 8.4. Willi Nolte, Essen
- 9.4. Waltraud Lingstädt, Unna
- 10.4. Marga Tegethoff, Kassel
- 13.4. Peter Junge, Simmerath
- 24.4. Manfred Brendel, Bünde
- 26.4. Gertrud Zosel, Köln

91. Geburtstag

- 10.4. Gerhard Kohnert, Hückelhoven
- 14.4. Hugo Hopp, Mülheim
- 23.4. Ursula Pulwer, Bochum
- 26.4. Gerhard Fiedler, Düren
Kurt Krüger, Kleve

92. Geburtstag

- 3.4. Walburga Kottmeyer, Nottuln
- 23.4. Lore Bobe, Gütersloh

93. Geburtstag

- 6.4. Josef Franck, Niederzier

- 13.4. Rudolf Hackeneis, Lisberg
Agnes Vonderbank, Heinsberg
- 15.4. Hannelore Bockholt, Rietberg
- 19.4. Heinz Zallmann, Bremen

94. Geburtstag

- 14.4. Rolf Westenburger, Recklinghausen

95. Geburtstag

- 9.4. Irmgard Badura, Haan
- 14.4. Agnes Dewitt, Düren
- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen

97. Geburtstag

- 17.4. Hildegard Halfmann,
Wermelskirchen

98. Geburtstag

- 10.4. Anneliese Lange, Bielefeld

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Lukas Maaßen
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe ist der 6. April.**

Der GdP Reiseservice -
DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder
und deren Angehörige,
denn hier zahlt sich

Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!

Ob Nah- oder Fernreise, Kreuzfahrt,
Hotel oder Ferienhaus, Mietwagen
oder Wohnmobil - rufen Sie uns an.



Unsere Hotline:

0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im April
erhalten einen OSG-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 9815, Herford
45 34662, Hochsauerlandkreis
45 34554, BZ Erich-Klausener

1. Mai: Solidarität ist Zukunft

Solidarität ist die Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft sowie der Ausweg aus der Krise. Deshalb findet die zentrale DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Düsseldorf unter dem Motto „Solidarität ist Zukunft“ statt. Unter den DGB-Gewerkschaften besteht große Einigkeit, dass es gerade jetzt besonders wichtig ist,

gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen ein Netz der Solidarität über NRW und auch bundesweit zu knüpfen und unsere Forderungen laut und sichtbar zu machen. Sollte es die pandemische Lage nicht zulassen, wird die Kundgebung live aus einem Studio gestreamt und über die sozialen Netzwerke zu verfolgen sein. ■

Neues GVS-Mitglied

Nachdem Markus Robert im Januar zu einem der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP gewählt wurde, hat der Landesbeirat am 26. Februar Siegfried Pfenninger in die frei gewordene Position eines weiteren GVS-Mitgliedes nachgewählt. Aufgrund der anhaltenden Pandemielage erfolgte auch diese Nachwahl per Brief. Siegfried Pfenninger (59) startete seine polizeiliche Laufbahn 1981 beim Bundesgrenzschutz und wechselte 1988 zur Polizei NRW nach Bonn, später nach Soest. Dort ist Pfenninger seit 2002 Kreisgruppenvorsitzender und seit 2005 zudem Vorsitzender des Personalrats. Darüber hinaus engagiert er sich seit 2018 in der GdP-Rechtsschutzkommission. ■



Der DGB hat für den 1. Mai die Solidarität in sein Motto gehoben: „Solidarität ist Zukunft“. Nur mit Solidarität lässt sich ein Weg aus der Krise finden! Das passende Bild zum Motiv hat der junge Künstler Niklas Apfel von der Berliner Universität der Künste entworfen.

Nachrufe

Heinz-Jürgen Heinrich	08.09.1933	Aachen	Willi Dichmann	01.11.1931	Essen/Mülheim
Ewald Wolters	21.03.1938	Aachen	Eckhard Mertins	17.03.1943	Essen/Mülheim
Werner Boland	13.04.1929	Bergisches Land	Dieter Schürmann	03.07.1954	Essen/Mülheim
Elfriede Müller	07.06.1935	Bochum	Helga Geicht	26.02.1921	Köln
Thomas Steinweg	14.04.1962	Bochum	Helmut Brandt	17.02.1935	LKA
Eckhard Binger	31.12.1941	Bonn	Britta Anja Dückers	22.06.1974	Mönchengladbach
Wolfgang Podewski	17.08.1933	Bonn	Joachim Michalke	16.12.1942	Münster
Karlheinz Brune	27.02.1927	Dortmund	KlausPaschen	16.04.1961	Münster
Ulrich Malügge	07.07.1942	Dortmund	Luise Pohlmann	25.03.1929	Oberhausen
Michael Nockelmann	07.04.1969	Dortmund	Else Kern	23.08.1928	Recklinghausen
Henriette Zanettin	26.11.1927	Dortmund	Ferdinand Schumacher	08.05.1954	Soest
Rudolf Karl Urban	15.12.1936	Düren	Detlef Ballandat	17.10.1952	Unna

Anzeige



COLDSTORE HAMM GmbH